

Ausweisung von Bauflächen wird schwieriger

Regierungs-Vizepräsidentin erläutert beim Regionalverband neue Vorschriften

Von Julia Bronner

Freudenstadt. Besuch vom Regierungspräsidium hatten gestern bei ihrer öffentlichen Sitzung in Freudenstadt die Mitglieder der Verbandsversammlung des Regionalverbands Nordschwarzwald.

Verbandsvorsitzender Heinz Hornberger begrüßte Regierungs-Vizepräsidentin Gabriela Mühlstädt-Grimm und Daniela Walther vom Kompetenzzentrum Energie. Außerdem waren Thomas Walter von der IHK und Bürgermeister Gerhard Link, als Vertreter der Stadt Freudenstadt anwesend. Letzterer nutzte die Gelegenheit, um auf aktuelle Themen der Stadt aufmerksam zu machen. Er sprach unter anderem die Verkehrsplanung in der Innenstadt, die im vergangenen Jahr leicht gestigene Einwohnerzahl, die Diskussion über den Nationalpark und das Klimaschutzkonzept an.

In ihrem Beitrag erläuterte Gabriela Mühlstädt-Grimm den neuen Bauflächenbedarfsnachweis, da die Kriterien für Flächenneuausweisungen geändert und auch

verschärft wurden. Als eine der wesentlichen Änderungen sieht Mühlstädt-Grimm die Berechnung des zusätzlichen Flächenbedarfs. Hier wird künftig nur noch von einem Einwohnerwachstum von 0,3 Prozent anstatt den bisherigen 0,5 Prozent ausgegangen. Dies hat zur Folge, dass Gemeinden nach diesem fiktiven Einwohnerzuwachs weniger Flächenbedarf haben. Es wird demnach schwieriger werden, Flächen auszuweisen.

»Das Hinweispapier bringt

Verschärfungen, das ist gewollt«, so die Vize-Regierungspräsidentin. Die Befürchtung einiger Sitzungsteilnehmer, dies sei ein Eingriff in die regionale Planungshoheit, konnte sie verstehen. Sie betonte, dass die Kriterien »im Einzelfall mit Augenmaß« angewendet würden.

Auf die Bitte eines Regionalrats, eine deutliche Rückmeldung ans Ministerium zu geben, dass der ländliche Raum zu kurz kommen wird, antwortete sie »wir kennen die

Probleme im ländlichen Raum«. Je nach Region werde die Situation anders bewertet. »Wir setzen auf die bewährte Zusammenarbeit mit unseren Regionalverbänden«, so Mühlstädt-Grimm weiter. Verbandsdirektor Dirk Büscher zeigte sich ebenfalls gespannt, »wie die Umsetzung der neuen Regelungen in der Praxis aussieht«.

Zum Thema Windenergie informierte Daniela Walther über die aktuellen Entwicklungen. »Wir sollten die offene Konfrontation mit der Landesregierung nicht scheuen«, forderte Heinz Hornberger diesbezüglich auf. Aus den Reihen der Mitglieder kam die Bitte, die Anregungen aus der Versammlung an die Landesregierung weiterzugeben.

Die Verkehrsplanung in der Region betreffend, informierte Mühlstädt-Grimm unter anderem, dass man zusammen mit dem Verkehrsministerium beschlossen habe, auf den Tunnel für Freudenstadt zu setzen. Allerdings müsse noch mit einem Planungszeitraum von 24 Monaten gerechnet werden.



Regionalverbandssitzung in Freudenstadt mit (von links) Verbandsdirektor Dirk Büscher, Verbandsvorsitzendem Heinz Hornberger, Regierungs-Vizepräsidentin Gabriela Mühlstädt-Grimm und ihrer Mitarbeiterin Daniela Walther

Foto: Bronner